

Christa Wichterich

Globalisierung und Geschlecht. Über neoliberale Strategien zur Gleichstellung

Die politische Gemengelage könnte unübersichtlicher nicht sein: in internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die seit den 1970er Jahren Vorreiter für frauenpolitische Maßnahmen waren, hat sich eine Gender-Fatigue breitgemacht. Das Gender Mainstreaming als Strategie, die einen geschlechterdifferenzierenden Ansatz in alle Institutionen und politischen Ressorts verankern soll, hat Geschlechterpolitik als technisches Verfahren institutionalisiert, und gleichzeitig entpolitisiert. Frauenbewegungen sind fragmentiert und meist leise geworden. Ihr Fazit zur Umsetzung der Beschlüsse der 4. Weltfrauenkonferenz von Peking ist ambivalent: Während viele Länder zivile und politische Rechte von Frauen, vor allem auch den Schutz vor Gewalt, in ihre Gesetzgebung festschrieben, gerieten soziale und wirtschaftliche Rechte zunehmend unter Druck durch die global verschärfte Standortkonkurrenz, Sparzwänge im öffentlichen Sektor und Finanzmarktkrisen¹. Trotzdem werden Frauen immer wieder als die Job-Gewinnerinnen der Globalisierung gefeiert. Tatsächlich verändert die globale Restrukturierung der Ökonomien die Geschlechterrollen, doch empirische Daten über Geschlechterunterschiede stellen in Zweifel, ob dies einen signifikanten Mehrwert für Geschlechtergerechtigkeit gebracht hat.

Antizyklisch zu der geschlechterpolitischen Flaute lancierte die Weltbank – assistiert von BMZ-Ministerin Wieczorek-Zeul - im letzten Herbst eine smarte Initiative, nämlich ihren neuen Geschlechter-Aktionsplan mit dem Titel „Gender Equality as Smart Economics“². Gleichzeitig werden transnationale Frauennetzwerke, die versuchen, makro-ökonomische Politiken zu „engendern“, von neoklassischen Ökonomen und Politikmachern mit dem Hinweis abgeschmettert, dass die Makro-Ökonomie geschlechtsneutral sei. Ist nun ausgerechnet die Weltbank so smart, die Anliegen feministischer Ökonominnen und Aktivistinnen zu verstehen und ein neues geschlechtergerechtes Ökonomiemodell vorzulegen?

Verschiebepark soziale und wirtschaftliche Rechte

In den 1990er Jahren erzielte die transnationale Frauenbewegung, die sich um die Achse einer Serie großer UN-Konferenzen formiert hatte, politische Erfolge mit ihrem Konzept „Frauenrechte sind Menschenrechte“. Es fungierte als Instrument, um Frauenpolitik in die UN-Menschenrechtspolitik zu integrieren und einen normativen Bezugsrahmen in UN-Programmen zu

¹ Barton, Carol (2004): Global Women's Movements at a Crossroads: Seeking Definition, New Alliances and Greater Impact, in: Socialism and Democracy, Vol 18, No 1, 151-184; Elson, Diane/Jasmine Gideon (2006): Wirtschaftliche und soziale Rechte von Frauen. Nutzen und Grenzen des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in: Widerspruch 50, 31-45

² World Bank (2006): Gender Equality as Smart Economics: A World Bank Group Gender Action Plan (Fiscal years 2007-10), Washington

verankern. Einige Frauennetzwerke wie WIDE (Women in Development Europe) und WWW (Working Women Worldwide) versuchten, den Rechtsansatz auf die multi-laterale Wirtschafts- und Handelspolitik und die Welthandelsorganisation WTO zu übertragen, indem sie soziale Mindeststandards in den globalen Wertschöpfungsketten einforderten. Seit die sogenannte „neue internationale Arbeitsteilung“ Frauen in der arbeitsintensiven Exportproduktion, Exportlandwirtschaft und boomenden Sektoren als komparativen Vorteil der Länder des Südens nutzte, war die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne dieser Billigarbeitskräfte ein Brennpunkt frauenpolitischer Forderungen ³(Hale 1998).

Doch die WTO erklärte – wie auch die Weltbank –, dass Menschenrechte nicht zu ihrem Mandat gehören. Zwar beschäftigt auch sie sich mit multilateralen Regeln, Rechten und Freiheiten, doch bei ihr haben unternehmerische Freiheiten, Handels- und Eigentumsrechte Vorrang vor allen anderen Rechten. Menschenrechte verweist sie deshalb zurück an die UN-Organisationen, so z.B. Arbeitsrechte an die ILO.

Auch die weitergehende Forderung von feministischen Ökonominen, die Makro-Ökonomie zu „engendern“, sprich: die geschlechtsspezifischen Implikationen makro-ökonomischer Politiken zu prüfen und zu justieren⁴, wurde zunächst von Handelspolitikern und Ökonomen zurückgewiesen. Die soziale Kategorie Gender habe nichts in makro-ökonomischen Regelwerken zu suchen, weil diese sich mit aggregierten Daten wie Handelsbilanzen, Zöllen und Zinsen beschäftigen, die nun einmal kein Geschlecht haben. Geschlechterfragen wurden zum einen auf die mezzo- und mikro-ökonomische Ebene von Arbeitsmärkten, Wirtschaftssektoren und Privathaushalten verschoben, auf der die Unternehmen zu sozialer Verantwortung aufgerufen werden. Zum anderen soll die Innenpolitik in jedem Land mit Gesetzen zu Lohn- und rechtlicher Gleichstellung und Fördermaßnahmen dafür sorgen, dass Frauen gleiche Chancen bekommen.

Überdies wird auch die soziale Kategorie Geschlecht in das neoliberale Credo eingepasst, dass Liberalisierung und Wettbewerb Effizienz steigern, wodurch Wachstum erzeugt und neue Jobs geschaffen werden, die wiederum zu einem Einkommensanstieg, Armutsreduktion und mehr Wohlstand führen. In diesem Kontext wird ein positiver Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, dem Oberziel der Handelsliberalisierung und der Geschlechtergleichstellung konstruiert. Frauen gelten in Bezug auf Beschäftigung, Einkommen und Diskriminierungsabbau als eine Gruppe von Globalisierungsgewinnerinnen. Denn – so eine exemplarische Argumentation

³ Hale, Angela (ed.) (1998): Trade Myths and Gender Reality: Trade Liberalisation and Women's Lives, Uppsala

⁴ Joekes, Susan/Weston, Ann (1994): Women and the New Trade Agenda, UNIFEM, New York; Grown, Caren/Elson, Diane/Cagatay, Nilüfer (2000): Introduction: Growth, Trade, Finance and Gender Inequality. In: World Development, 28/7, 1145-1156; WIDE (2001): International trade and gender inequality & Instruments for gender equality in trade agreements. European Union - Mercosur - Mexico, Brussels

- der Produktionsfaktor „weibliche Billigarbeitskräfte“ stimuliert Auslandsinvestitionen und den Auf- und Ausbau von Exportproduktion. Diese erzeugt Wachstum, das wiederum Geschlechtergleichstellung fördert z.B. mehr Investitionen in die Bildung für Mädchen, mehr Jobs usw.⁵. Der Ökonom Jagdish Bhagwati, GATT-Berater während der Uruguay-Runde, behauptet zudem, dass die Öffnung der Märkte und die Konkurrenz zwischen ausbeuterischen lokalen Firmen und vorgeblich sozial verantwortlicheren transnationalen Konzernen in Ländern des Südens Frauendiskriminierung und Ausbeutung in den Exportindustrien beseitigen würde⁶.

Die Verantwortung für Geschlechtergleichheit wird zwischen transnationalen Konzernen, lokalen Zuliefererfirmen, nationalen Regierungen und internationalen Organisationen munter hin- und herverschoben. Zwar haben Unternehmen inzwischen tausende maßgeschneiderte Verhaltenskodices formuliert, doch wann immer Exportarbeiterinnen und transnationale Bündnisse wie die *Kampagne für Saubere Kleidung* eine unabhängige systematische Überprüfung von außen einfordern, entziehen sich die Firmen der Kontrolle. Die deutsche Privatwirtschaft wehrte sich erfolgreich gegen ein Gleichstellungsgesetz und akzeptierte lediglich eine „freiwillige“ Regelung. In der augenblicklichen Diskussion über ein neues Arbeitsrecht in China bestehen die Handelskammern der USA und der EU auf „flexiblen“ Regelungen.

Eine Erklärung für die globalen Muster geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Ausbeutung bleibt die neoklassische Ökonomie schuldig oder entzieht sich mit dem Verweis auf patriarchale Kulturen und lokale Traditionen. Der Kernkritik feministischer Ökonomie, dass alle orthodoxe Ökonomie über die unbezahlte Versorgungsarbeit und über die Verflechtung von Produktion und sozialer Reproduktion „strategisch schweigt“ ignoriert sie. Damit legitimiert die neoklassische Ökonomie die Perfidie makroökonomischer Modelle, die „die Interdependenz zwischen dem von der Makroanalyse berücksichtigten (über den Markt vermittelten) Sozialprodukt, und den nicht berücksichtigten (nicht marktvermittelten) Leistungen, die für die Produktion menschlicher Ressourcen wichtig sind“⁷ einerseits ausblenden, andererseits aber die unbezahlte Sorge- und Reproduktionsarbeit von Frauen, ohne die die Marktsphäre nicht funktionieren kann, als unendlich dehnbar voraussetzen. Diese Form der Makroanalyse legitimiert auch die Verschiebetaktiken neoliberaler Politik.

Die Makro-Ökonomie verändern

⁵ Abu-Ghaida, Dina/Klasen, Stephan (2004), The Costs of Missing the Millennium Development Goal on Gender Equity, IZA DP No.1031, Bonn

⁶ Bhagwati, Jagdish (2004): In Defense of Globalisation. Oxford, 75f

⁷ Elson, Diane (1993): Feministische Ansätze in der Entwicklungsökonomik, in: PROKLA 93, Frauen in der Ökonomie, 529-551; Bakker, Isabella (ed.) (1994): The Strategic Silence. Gender and Economic Policy, London

Feministischen Ökonominnen und Gender-Aktivistinnen gelang es, bei einigen UN-Organisationen Geschlechterfragen in den Verhandlungen zu Entwicklung und Handel zu thematisieren und ein Mainstreaming einzufordern⁸. Neben UNIFEM setzten vor allem UNDP, ILO, FAO, UNCTAD und UNRISD das „Engendern“ der Makro-Ökonomie auf ihre Agenda, alles Organisationen, die Gender zuvor bereits auf der mikro-ökonomischen Ebene als bedeutende Analyse- und Handlungskategorie anerkannt hatten. 2003 entstand unter Leitung von UNCTAD eine *Inter-Agency-Task Force* zu „Gender und Handel“ in Genf. Sie führte eine Gender-Analyse der verschiedenen WTO-Abkommen mit der Fragestellung durch, ob Handelsliberalisierung die Gleichstellung der Geschlechter voranbringt oder Geschlechterunterschiede reproduziert, bestärkt oder neu konstruiert.

UNCTAD kam zu dem Fazit, dass Geschlechterunterschiede weiter bestehen, dass Menschen unterschiedlich von der Handelsliberalisierung profitieren und Frauen häufiger von negativen Auswirkungen betroffen sind als Männer. Der Schluss, den die AutorInnen aus dieser Analyse ziehen, ist, dass „Wege gefunden werden müssen“, damit Frauen mehr Nutzen von der Liberalisierung haben.

So ist zum Beispiel für den UNCTAD-Agrar-Experten Ralf Peters die Ungleichverteilung der Gewinne aus der Handelsliberalisierung in der Landwirtschaft empirisch eindeutig: exportorientierte Länder und Großbauern profitieren, während die Nachteile für importorientierte Länder und kleinbäuerliche Produktion überwiegen. Da in großen Regionen des Südens eine Feminisierung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft stattgefunden hat, während Männer immer noch das Sagen in der Exportproduktion haben, leiden vor allem die einheimischen Kleinbäuerinnen und –händlerinnen unter dem Verdrängungswettbewerb auf den liberalisierten Märkten. Geschlechterungleichheiten werden bestärkt. Peters folgert daraus, dass die Liberalisierung „sich für Frauen auszahlen soll“ („make it work for women“): Frauen sollen durch mehr Zugang zu Exportproduktion, Ressourcen, Mikrokredit und Training mehr Früchte aus der Exportorientierung und Liberalisierung ernten. Ein In-Frage-Stellen der Liberalisierung des Agrarhandels lehnt Peters ab⁹.

Mit der Formel „Freihandel soll sich für Frauen auszahlen“ wird die alte Forderung nach Geschlechtergleichstellung in der Ökonomie aufgenommen. Diese Aufgabe wird nun wiederum von der Ebene makro-ökonomischer Politik durch Handelsabkommen verschoben und nationalen Regierungen überantwortet, die Gesetze zur Chancengleichheit, Lohngleichheit und gleiche Ressourcenrechte einführen sollen. So soll z.B. der Nutzen des Handels mit

⁸ Gammage, Sarah/Jorgensen, Helene/McGill, Eugenia with Marceline White (2002): Framework for Gender Assessment of Trade and Investment Agreements, Women’s EDGE, Washington; Williams, Mariama (2003): Gender Mainstreaming in the Multilateral Trading System. A handbook for policy-makers and other stakeholders, Commonwealth Secretariat, London

⁹ United Nations (2004): Trade and Gender. Opportunities and Challenges for Developing Countries, New York and Geneva, S.137

Dienstleistungen für Frauen letztlich davon abhängen, „wie effektiv Regierungen ihre Service-Industrien regulieren“ und Chancen eröffnen, dass mehr Frauen Unternehmerinnen werden¹⁰.

Mehr Eigenverantwortung bitte oder „Du kannst es schaffen“

Mit dem Topos der Unternehmerin und der Denkfigur der Unternehmensgründung wird zum einen das alte emanzipatorische Ziel ökonomischer Selbständigkeit von Frauen aufgenommen und zum anderen Bezug auf eine starke aktuelle Strömung in Frauenpolitiken, aber auch in einigen Frauenbewegungen genommen: die berechtigte liberale Forderung nach Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. In jüngster Vergangenheit ist diese Forderung von einer Vielzahl von Frauenorganisationen vor allem in Ländern des Nordens zum prioritären frauenpolitischen Programm erhoben worden und damit Feminismus von einem Konzept sozialer Gerechtigkeit für alle auf die Chancengleichheit von Aufstiegs- und Karrierewilligen verkürzt worden. Inzwischen wird dabei offensiv der frühere Anspruch der Repräsentation und der sozialen Gleichheit durch einen elitären Anspruch ersetzt (in Deutschland Thea Dorn „Die neue F-Klasse“). Gleichzeitig hat eine jahrelange Kampagne in führenden westlichen Medien von Time bis FAZ, die erfolgreiche, führungsstarke, nicht-korrumpierte Unternehmerinnen und Chefinnen porträtieren und Talkshow-Moderatorinnen als die wahren Mächtigen in der Politik und öffentlichen Meinungsmache präsentieren, den Mythos befördert, dass jede Frau ihres Glückes Schmiedin ist und Leistung sich auch für Frauen in Macht auszahlt, wenn sie sich nur genug anstrengen.

Das Ziel ökonomischer Selbständigkeit und Eigeninitiative umrankt auch das ökonomische Instrument der Mikrokredite für Frauen. Die gesamte Entwicklungsindustrie mit der Weltbank an der Spitze bietet sie als universelles Rezept der Selbstbefreiung aus Armut und des ökonomischen Empowerments von Frauen an. An die Stelle der sonst übliche Sicherheiten für die kreditgebende Bank tritt die hohe Rückzahlungsmoral der Frauen als Sicherheit. Zwillingshaft verkoppelt mit dem Konzept der Mikrofinanzierung ist das Konzept der „einkommensschaffenden Aktivitäten“, Selbstbeschäftigung oder Kleinunternehmertum, d.h. der wirtschaftlichen Eigeninitiative. Deshalb nannte der ehemalige Chef der Weltbank Wolfensohn Kleinkreditprogramme den „Business-Ansatz zur Armutsbekämpfung.“

Die Kleinkreditprogramme verdrängen überbrachte informelle Formen des kollektiven Sparens von Frauen – von den Tontine in Westafrika, den merry-go-round in Ostafrika bis zu den dörflichen Spargenossenschaften in Südasien - und integrieren Frauen und ihre informellen Finanztransaktionen stattdessen in die modernen Finanzdienstleistungssysteme. Längst sind die Milliarden kleiner Kredite für die Banken, darunter auch immer mehr private, zu einem großen Geschäft geworden und aus den von der Basis und den

¹⁰ ebda. S.213

Dörfern her konzipierten Projekten gigantische top-down-Programme geworden.

Die Forderung des Friedensnobelpreisträger Mohammed Yunus, dass es ein „Menschenrecht auf Kredit“ geben müsse, verknüpfte sodann das Menschenrechtsparadigma der Vereinten Nationen mit der modernen Finanzwirtschaft und dem neoliberalen Mainstream. Yunus und seine Grameen-Bank, so das Wallstreet Journal, sei zu einem Symbol geworden „dass der Kapitalismus ebenso für die Armen funktionieren kann wie für die Reichen.“ (27.11.2001)

Regierungen übernahmen das Konzept freudig als Entlastungsprogramm, um sich aus der Verantwortung für soziale Aufgaben, Umverteilung und direkte Armutsbekämpfung zurückziehen und ein Gros der Verantwortung an die hochgradig motivierten Frauen und ihre Eigeninitiative übergeben zu können.

Tatsächlich sind Mikrokreditprogramme ein Instrument zur massenhaften Mobilisierung von Frauen. Tatsächlich hilft Mikrofinanzierung, wenn sie mit Trainingsprogrammen einhergeht, vielen Frauen, die Armut besser zu managen, und einigen auch, die Armutsgrenze zu überschreiten. Frauen bringen erstmals einen Gewinn in die Familie ein, sind sichtbar im Dorf, finden mehr Anerkennung und Selbstvertrauen. Dabei konstruieren die Darlehen die Frauenrolle in den Familien und als Bürgerin neu: eine „gute“ Frau und Marktbürgerin ist Beschafferin von Geld und verantwortliche Rückzahlerin¹¹. Dagegen werden Macht- und Abhängigkeitsstrukturen in den Familien, Gesellschaften und Ökonomien nicht thematisiert. Soziale Mobilisierung erfolgt nicht mehr um die Ressourcenfragen: wem gehört das Land, das Wasser, das Saatgut, der Körper der Frauen, die Arbeit der Frauen, die Macht im Dorf? Die Armen kämpfen nicht mehr für Umverteilung und gegen Klassen- und Kastenschranken. Alles reduziert sich auf die Frage: wer bringt einen Kredit nach Hause? Der Kredit entpolitisiert die existentielle Frage des Überlebens und ökonomisiert sie in marktangepasster Form.

Gleichstellung oder „Nun konkurriert mal schön!“

Auch am smarten neuen Aktionsplan der Weltbank fällt auf, dass er eine Reihe von Gleichstellungsforderungen aufnimmt und diese in das alte frauen- und geschlechterpolitische Konzept der Bank einspeist. Seit die Weltbank Frauen als die „Unsichtbaren“ und „Untergenutzten“ Anfang der 1970er Jahre entdeckte, ist sie sich in ihrem zentralen frauen- und geschlechterpolitischen Handlungsmotiv treu geblieben: ihre „Investitionen in Frauen“ und in weibliches Human- und Sozialkapital sind ihr allesamt Mittel zum Zweck, Wachstum und Effizienz zu steigern und dadurch Armut zu reduzieren. 1975 strebte sie an, dass „ein großer Teil der menschlichen Ressourcen auf dieser Welt nicht untergenutzt bleiben“ und Frauen „Teil des Hauptstroms

¹¹ Batliwala, Srilatha/Dhanraj, Deepa (2006): Gender-Mythen, die Frauen instrumentalisieren, in: Peripherie 103, 373-385

wirtschaftlicher Entwicklung“ werden sollten. Damals hieß das Mantra „Integration“, heute heißt es „Wettbewerbsfähigkeit“.

Die Defizite, die die Weltbank bei Frauen analysierte – es fehlt ihnen an Bildung, Gesundheit, Einkommen, produktiven Ressourcen, Geburtenkontrolle, Kredite – wurden als Hindernisse für ihre Marktintegration und für Produktivitäts- und Effizienzsteigerung definiert. In dieser ökonomistischen Logik muss dann z.B. auch Gewalt gegen Frauen beseitigt werden, nicht weil sie eine Menschenrechtsverletzung ist, sondern weil sie der Volkswirtschaft durch den Wegfall produktiver Arbeitstage schadet. Die Kluft zwischen den ökonomischen Möglichkeiten und den Fähigkeiten von Frauen – so heißt es im neuen Aktionsplan nun im Jargon von Nobelpreisträger Amartya Sen - sei ineffizient. Wird diese Kluft durch die Beteiligung von Frauen an Erwerbsmarkt und Einkommen überwunden, dann sollen Armut reduziert und Wachstum beschleunigt werden. Mit Freude zitiert die Bank als Kronzeugen den *Economist*, der Marktintegration und Wettbewerbsfähigkeit von Frauen als universelles Wachstumsrezept behauptet: „Vergesst China, Indien und das Internet: das Wirtschaftswachstum wird von Frauen vorangetrieben“ (15.4.06). Zunehmend würde deutlich, so die Bank, dass „die Erweiterung der wirtschaftlichen Chancen von Frauen für die Bankgeschäfte sinnvoll ist“, sprich: sich rechnet. Genau dies sei „smarte Ökonomie“.

Dieses smarte ökonomische Modell basiert zwar auf liberalen Forderungen nach Geschlechtergleichheit, aber instrumentalisiert sie für das Wachstumsziel der neoliberalen Globalisierung. Effizienz- und wachstumshinderliches „Marktversagen“ besteht nach Auffassung der Bank dann, wenn „Ressourcen nicht dort zum Einsatz kommen, wo die Rentabilität am höchsten ist“. Deshalb ist der Kern des Aktionsplans die Integration und Stärkung der Ressource Frau auf vier Märkten, nämlich auf Produkt-, Finanz-, Land- und Arbeitsmärkten. Dazu entwickelt die Bank eine Doppelstrategie: zum einen sollen durch politische Interventionen Zugangsbarrieren und Diskriminierung von Frauen auf den Märkten beseitigt werden („making markets work for women“). Zum zweiten dienen Unterstützung von Business-Aktivitäten und Marktintegration von Frauen-Initiativen der „Stärkung von Frauen, um in den Märkten konkurrieren zu können“.

So richtig und wichtig es ist, Chancengleichheit auf den Märkten voranzubringen, so eindimensional weist der Aktionsplan der Bank Frauen bestimmte Rollen als selbständige Akteurinnen im neoliberalen Marktmodell zu, nämlich vor allem als Unternehmerin, als Landbesitzerin, als Kreditnehmerin bei Privatbanken oder als flexible Teilzeitarbeiterin. Die Bank bezieht sich nur dort auf Rechte, wo es um Eigentum an Produktionsmitteln geht und Frauen durch individuelle Rechte als *homo oeconomicus* wettbewerbsfähiger werden können. Regierungen sollen z.B. Land- und Erbrechte von Frauen gesetzlich absichern und Unternehmensgründungen von Frauen legalisieren, damit sie gleiche Chancen haben. „Wettbewerbsverzerrungen“ zuungunsten von Frauen sollen beseitigt werden, damit sie chancengleich konkurrieren können.

Hinter den Markttrollen verschwinden die konkreten ökonomischen Tätigkeiten von Frauen als Bäuerin, Kleinhändlerin, Dienstleisterin oder Exportarbeiterin. Selbsthilfegruppen und informelle Tätigkeiten sollen gezielt marktintegriert werden. Alle Formen nicht-marktvermittelter oder moralischer Ökonomie, Elemente von Reziprozität, sozialer Verpflichtung und gesellschaftlicher Reproduktion, die die ökonomischen Zusammenhänge von Frauen an den Rändern oder außerhalb der Märkte kennzeichnen, sind völlig ausgeklammert.

Auch die konkreten Armutsbedingungen, die Frauen in marginalen, niedrigentlohnenden, unsicheren und ungeschützten Jobs und obendrein durch eine Überlastung mit unbezahlter Arbeit binden, bleiben ausgeblendet - obwohl der Aktionsplan das wirtschaftliche Empowerment von Frauen in den Zielrahmen der Millennium Entwicklungsziele stellt. So bleibt es ein Rätsel, wie die geplante Beseitigung von Markthindernissen, z.B. „Verringerung des Zeit- und Finanzaufwands bei der Unternehmensregistrierung“, die Armut von Millionen von Kleinbäuerinnen reduzieren soll.

Die „smarte Ökonomie“ der Weltbank ist keineswegs ein anderes, geschlechtergerechtes oder *engenderes* makro-ökonomisches Modell, sondern nur die universelle Anwendung des „eindimensionalen Denkens“ des neoliberalen Projekts (Bourdieu), nämlich der Wachstums- und Effizienzlogik auf Frauen. Dabei nimmt sie keinen Bezug auf das Frauen-/Menschenrechtskonzept: Geschlechtergleichheit ist für die Bank kein menschenrechtliches Gebot, sondern ein ökonomisches Kalkül. Doch durch die Integration von Gleichstellungszielen und die Überwindung des Ausschlusses von Frauen ist der emanzipatorischen Forderung nach sozialen und wirtschaftlichen Rechten von Frauen erst einmal der Wind aus den Segeln genommen. Die Eindimensionalität des Modells besteht in der markttotalitären Botschaft: *There is no alternative*. Die Botschaft, dass Gleichstellung nur über die Märkte und deren neoliberale Spielregeln erfolgen kann, stellt eine Ökonomisierung der Geschlechterfrage dar und lässt kein Recht auf andere Formen des Wirtschaftens zu. Die feministische Politisierung der Geschlechter- und der Klassenfrage verschwindet im Windkanal des Marktzugangs. Die Gretchenfrage für Geschlechterverhältnisse, nämlich das Verhältnis von Produktion und sozialer Reproduktion, bezieht die „smarte Ökonomie“ der Weltbank genauso wenig ein wie jedes andere neoklassische Ökonomiemodell.

Die Eindimensionalität ihres Denkens und ihrer Programmatik, bei der das optimale Funktionieren der Märkte nach den Wettbewerbsprinzipien im Zentrum stehen, verbaut alternative Wege und verunmöglicht demokratische Räume, um die Trennung von Sozialem und Ökonomie zu überwinden, Menschenrechten den Vorrang vor Markteffizienz und Wachstum oder Versorgung den Vorrang vor Profit zu geben.

Ökonomisches Empowerment als marktcompatible Emanzipation

Frigga Haug benutzt zur Kennzeichnung der Aufnahme und Umsetzung emanzipatorischer Forderungen Gramscis Begriff der „passiven Revolution“¹². Durch diese Integration wird feministische Kritik entschärft, obwohl sie den gemäß der Spielregeln des Systems in die Lohnarbeit und die Märkte integrierten Frauen keinerlei Macht gibt, ökonomische und soziale Verhältnisse anders zu gestalten. Das „ökonomische Empowerment“ von Frauen à la Weltbank empowert die neoliberalen Ziele – an der feministischen Forderung, die Makro-Ökonomie zu engendern und Produktion und soziale Reproduktion zusammenzudenken, geht sie jedoch völlig vorbei.

Gerade weil diese Integration an emanzipatorische Leitbilder des Feminismus von Selbstbestimmung, individueller Freiheit, eigenständiger Existenzsicherung und Befreiung von patriarchaler Kontrolle anknüpft und historisch deshalb durchaus ein gleichstellungspolitischer Fortschritt ist, wirkt sie als neuer Vergesellschaftungsmodus: wer ökonomische Verantwortung für sich selbst übernimmt, ist ein vollwertiges marktbürgerliches Mitglied der Gesellschaft.

Veronica Schild hat am Beispiel von Chile analysiert, wie die Forderungen von Frauenorganisationen nach individuellem Empowerment der neoliberalen Rationalität der Regierung, ihrem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit durch flexibilisierte Frauenarbeit und eigenverantwortliche, autonome Bürgerschaftlichkeit in die Hände spielte¹³. Diese Konvergenz feministischer und neoliberaler Ziele mündet in Gouvernamentalität im Foucaultschen Sinne. Das bedeutet, dass Regulierung von außen sich übersetzt in Selbstregulierung, neue Mechanismen von Vergesellschaftung durchgesetzt werden und so ein neoliberaler gesellschaftlicher Konsens gebildet wird. Frauen stehen derzeit im Zentrum des Geschehens.

PS.

BMZ-Ministerin Wieczorek-Zeul organisierte als Schirmfrau des Aktionsplans der Weltbank im Februar in Berlin eine „hochrangige“ Konferenz, um eine Vorlage zu Gleichberechtigung für den G8-Gipfel zu machen. Als lägen nicht schon mehr als 30 Jahre Frauenförderung und Gender Mainstreaming hinter der Entwicklungspolitik, wiederholt das BMZ - ganz in der Sprache der 1970er Jahre - die Entdeckung von Frauen als Schlüsselgestalten für Armutsbekämpfung und Wachstum und fordert „Teilhabe“... an der „smarten Ökonomie“ der Weltbank.

Erschienen in:

Blätter für deutsche und internationale Politik, 6'07, 686-695

¹² Haug, Frigga (2006): Links und feministisch? Feministische Kapitalismuskritik – Probleme und Perspektiven, in: Widerspruch 50, Alternativen, 26.Jg./1. Halbjahr 2006, 87-99

¹³ Schild, Veronica (2003), Die Freiheit der Frauen und gesellschaftlicher fortschritt. Feministinnen, der Staat und de Armen bei der Schaffung neoliberaler Gouvernamentalität, in: Peripherie Nr.92, 481-507

